

International

Lehrer sollen Sklaverei verharmlosen

Florida Schülerinnen und Schüler sollen lernen, dass Sklavinnen und Sklaven auch von der Zwangsarbeit profitiert hätten, findet die Schulbehörde des US-Bundesstaats. Es ist die jüngste Provokation von Ron DeSantis.

Fabian Fellmann, Washington

Es ist eine Art Fussnote, die am meisten Fragen auslöst darüber, wie die Geschichte der Sklaverei an Floridas Schulen unterrichtet wird. Die neuen Lernziele dazu hat der Bildungsrat des US-Bundesstaats soeben beschlossen. In einer «Klarstellung» steht in dem Dokument, Kinder sollten nicht nur lernen, welche Arbeit Sklaven verrichten mussten. Sondern auch, wie die Versklavten dabei Fertigkeiten erwarben, «die sie, in einigen Fällen, zu ihrem eigenen Vorteil einsetzen konnten».

Floridas Kinder sollen also lernen, dass die Sklaverei durchaus ihre positiven Seiten gehabt habe für jene über 12 Millionen Afrikaner, die als Ware gehandelt wurden in dem brutalen transatlantischen Geschäft, das ein wichtiger Pfeiler für Industrialisierung und Kapitalismus wurde.

Eilig liess Kamala Harris einen Auftritt in Florida organisieren, bei dem die US-Vizepräsidentin



Anderer Meinung: Kamala Harris und Ron DeSantis. Fotos: Keystone

mit indisch-jamaikanischen Wurzeln die Realität der Sklaverei erklärte. «Sie bedeutete Vergewaltigung. Sie bedeutete Folter. Sie bedeutete, Müttern ihre Babys wegzunehmen», sagte Harris. «Wie kann jemand angesichts dieser Grausamkeit behaupten, es habe Vorteile gegeben für jene, die solcher Entmenschlichung ausgesetzt waren?»

Es gehe «nur um Fakten»

Floridas Gouverneur Ron DeSantis hingegen, der sich auch um die Kandidatur der Republikaner für die US-Präsidentschaft bewirbt, verteidigte die Lernziele.

Sie enthielten sämtliche schwierigen Kapitel, doch die Kinder sollten zum Beispiel auch lernen, wie ein versklavter Schmied «später im Leben Sachen gemacht hat». Der Punkt sei, dass das alles auf Fakten basiere.

Nun gibt es selbstverständlich Beispiele von Sklaven, die ihre Kunstfertigkeit für eigene Zwecke einsetzten. Gerade Schmiede erledigten manchmal neben der Zwangsarbeit auch Aufträge auf eigene Rechnung. Dokumentiert ist etwa ein Sklave namens Gabriel, der in Richmond Schwerter schmiedete für eine Sklavenrebellion in Virginia. Der Aufstand scheiterte, Gabriel wurde im Jahr 1800 gehängt. Solche Beispiele werden an Schulen gelehrt.

Ron DeSantis argumentiert scheinheilig, wenn er sagt, es gehe doch nur um Fakten. Seit Amtsantritt schürt er systematisch den Rassismus, indem er unter anderem den Schwerpunkt des Unterrichts auf allen Bildungsstufen verschiebt und

«weisswäscht», wie seine Kritiker sagen. Die neuen Lernziele beruhen auf einem Gesetz, das die Republikaner im Parlament des Sonnenscheinstaates im vergangenen Jahr beschlossen hatten: Der Unterricht dürfe bei Schülern keine Schuldgefühle aufgrund ihrer Hautfarbe auslösen.

Bis heute ein Problem

Oder, um es eindeutiger auszudrücken: Weisse Schulkinder sollen sich nicht unwohl fühlen, wenn sie hören, was vor allem Weisse in der Vergangenheit den Versklavten angetan haben. Als Anti-woke-Gesetz hat es Schlagzeilen gemacht, von Ron DeSantis gepriesen als Schranke gegen übertrieben linkes, eben «wokes» Gedankengut. Kritiker empfinden das als Scheuklappe gegen aufgeklärtes Denken. Als Folge eines ähnlichen Gesetzes mussten die öffentlichen Universitäten Listen einreichen mit allen Angeboten zu Rassismus, Vielfalt und Inklusion – Inhalte,

deren Unterricht eingeschränkt wurde. Professoren, die zu kritisch lehren, droht die Kündigung.

Der Aufarbeitung der dunklen Kapitel der Geschichte der USA dient das alles nicht. Die Folgen der jahrhundertelangen Unterdrückung lasten noch heute auf jenen 13,6 Prozent der Bevölkerung, die sich als Afroamerikaner bezeichnen und fast ausnahmslos Nachfahren einstiger Sklaven sind. Etwa verdienen sie halb so viel wie Weisse und besitzen sechsmal weniger Vermögen.

Ron DeSantis beschäftigt indes mehr, dass er in Umfragen weit abgeschlagen hinter Donald Trump zurückliegt, dem Favoriten unter den Präsidentschaftsanwärtern der Republikaner. Mit Provokationen will er nun seine Kampagne neu starten. Rassismusdebatten eignen sich vorzüglich, um die Wählerschaft zu mobilisieren. Für DeSantis hat der Streit über die brutale Geschichte des Landes nur positive Seiten.

Regierungschef spricht von «Erdrutschsieg»

Kambodscha Noch vor Veröffentlichung der ersten Ergebnisse der Parlamentswahl hat sich die Partei von Langzeitherrscher Hun Sen zum Sieger erklärt. «Wir stehen vor einem Erdrutschsieg», sagte der Sprecher der kambodschanischen Volkspartei (CPP), Sok Eysan, zwei Stunden nach Schliessung der Wahllokale. Ihr Sieg ist wenig überraschend: Hun Sen hatte jegliche ernst zu nehmende Opposition im Vorfeld ausschalten und jede Kritik unterdrücken lassen.

Nach vorläufigen Zahlen der Wahlkommission lag die Beteiligung der über 9,7 Millionen registrierten Wähler in dem südostasiatischen Land bei mindestens 84 Prozent – und war damit um mindestens zwei Prozentpunkte höher als bei der vergangenen Wahl im Jahr 2018.

Hun Sen hatte bereits kurz nach Öffnung der Wahllokale in einem Vorort der Hauptstadt Phnom Penh abgestimmt. Der mit 38 Amtsjahren zu den dienstältesten Regierungschefs der Welt zählende 70-Jährige hat im Vorfeld alles getan, um seine Kontrolle über das Land zu zementieren. (AFP)